

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Rieser
Gesamt Nr. 53.
Postfach Nr. 53.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Grodenhain, des Amtsgerichts und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser,
des Finanzamts Rieser und des Hauptstadtsamts Riethen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Verlagsort:
Rieser
Gesamt Nr. 53.
Postfach Nr. 53.

Nr. 154.

Dienstag, 5. Juli 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Sonntagsausgabe gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Debit. Für den Fall des Ausbleibens von Produktionsstörungen, Ersparnissen der Höhe und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabedates sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 28 zum Berlin, 3 um hohe Grundgebühr (6 Seiten) 25 Gold-Pfennige; die 55 zum Berlin 100 Gold-Pfennige; Zeitungsabender und tabellarischer Satz 50%, Aufsätze, Jests Texte, Spezialisten Rabatt erwünscht, wenn der Betrag vorläufig durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Anspruch gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Lachter an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Ereignisse des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Verlagsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Verzögerung oder Nichtlieferung der Zeitung aber auch Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionssatz und Verlag: Jäger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann. Rieser. für Anzeigen: Wilhelm Strick. Rieser.

Locarnos „Mont Genis“.

Eingeweiht in den Schimmer Locarnos träumt eine ganze Menschheit einem ewigen Weltfrieden entgegen. In Ohrio regnet es Nobelpreise. Geschmückt und ausgezeichnet mit dieser schönsten Würde präsentieren sich Chamberlain, Briand und Dr. Stresemann als die verdienstvollsten Förderer einer Idee, die nicht mehr wissen will vom Krieg, von Kanonen, von Militärleuten, die nur kennt friedliche Entwicklung der Völker, Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft der Menschheit. Man redet in Wien von der erdmanigen Möglichkeit eines Pan-Europa. Man beugt in Geni über grüne Tüde erstbeste Köpfe, um Voraussetzungen zu schaffen, die eine Weltabstimmung auch in der Tat herbeiführen können. Man bemüht sich allerorten auf der Welt, die Hellschanden und all die Hemmnisse, die die Wirtschaft und das Nebeneinanderleben der Völker erschweren und zum Teil unmöglich machen, zu mildern. Man spricht von den offiziellen Krisen aller Staaten von der Friedensliebe der Regierungen, von der nicht mehr zu erschütternden Erkenntnis, daß die Plünder des Krieges und des Massenmordes überwunden sei, daß kein verantwortungsbelasteter Staatsmann in der ganzen Welt nur mit dem Gedanken spiele, der die Marschkolonnen der Meere wieder in Bewegung setzen könnte. So herrscht überall, gleichsam als wäre es Mode geworden, ein Geist der Duldsamkeit, ein Geist des Versteehens, ein Geist der Selbstbeherrschung. Wie gesagt, gleichsam als wäre es Mode geworden.

Aber dies alles, diese unablässige Dokumentierung eines unerschütterlichen Friedensgeistes, ist nur eine Mode der Worte. Man lese hinter die Kulissen der offiziellen Staatstribünen. Man lese zwischen den Zeilen der amtlichen Communiqués einer sogenannten Genier Drei-Mächte-„Abstimmung“-Konferenz. Man schaue auf deutsche Rheinland. Und man wird wissen, wie man Worte zu weihen hat, und wie sehr Latein Worte Lilgen strafen können. Friedens-Gelüster in Geni, Friedens-Hymnen in Oslo. Aber auf dem Mont Genis trotzen die Rüstungsgewerke, brüllen Kanonen ihren erschreckenden Kriegsruf über die Grenzen und schreiben der Menschheit ins Ohr, was Wahrheit und was Wirklichkeit ist. Sieben italienische Batterien sind aufgeführt auf dem höchsten Berg an der italienisch-französischen Grenze. Und die tobenden Mäuler dieser Kanonen sind nach Frankreich gerichtet. Und schließlich, was nicht ganz uninteressant ist, es wird scharf geschossen! So scharf geschossen, daß die italienischen Offiziere über die Grenze eilen und die französischen Bauern jammern, ihre Häuser und Gehöfte zu säumen, allüberall dieses Stillschanden friedliche Land in der Schusslinie liegt, allüberall hier Granaten krepierten sollen. Eine „friedliche Schießübung“, sagt Mussolini! Und ob dieses „Friedensgeistes“ müssen sich die Bauern und Soldaten in die Berge retten. Dieß man dieses Vorkommnis, so möchte man es als unfassbar bezeichnen. Möchte man eine solche Grenzbrüdersterben in einer Welt, die sich das Sigma Locarnos gegeben hat, für unmöglich halten. Aber wo ist die Grenze, die zum Unmöglichen führt? Herr Mussolini beweist der Welt, daß er solche Grenze nicht kennt. Er läßt seine Kanonen brüllen. Als seine Begleitmusik zu der lieblichen Melodie Locarnos, wie Palmwedeln von allen Lippen ihrer Riffen bewußten Staatsmänner träumelt. Der Mont Genis Mussolini ist der wahre Geist Locarnos. Man soll es sich ins Bewußtsein hämmern.

Sicherlich, der Mont Genis-Broschensall wird im Somme verlaufen, wie alle die Geschwisse, die sich im vergangenen Jahr in Ventimiglia und längs der italienisch-französischen Grenze abgepielt haben. Denn er ist nur ein Glied in der eiserne Kette mehr, die die neue Zeit an die offiziell abgetane alte des Willkür-Gelübes und des Nacht-Wahns fesseln will. Aber diese eiserne Kette Mussolini, sie reißt die Seelen da unten wund. Sie peilt den Jünglingen, die Nervosität, die Furcht, den Haß. Die Gazetten Paris' und die Gazetten Rom's werden schreiben. Und die Völker, die hinter diesen Gazetten stehen, die werden „begreifen“, daß Alarmbereitschaft vorhanden ist. Hat uns in Deutschland dies alles laßt zu lassen? Man lese den „Ratier“. Da wird mit unbestimmter Nervosität mitgeteilt, daß sich der deutsche General von Seeckt mit fünf deutschen Offizieren in Italien befindet, daß sich diese Offiziere für jede Einzelheit der italienischen Militär-Verwaltung interessieren, daß Mussolini sie in feierlicher Audienz empfangen wolle. Gewiß, man wird in Deutschland ob dieser Pariser Sensationsmeldung lächeln können. Da man hier weiß, daß General von Seeckt schon lange aus der Reichswehr ausgeschieden ist und schon lange keine Beziehungen mehr zu der deutschen aktiven Truppe unterhält, und schließlich auch hat darüber keine Gedanken zu machen braucht, wenn unter den vielen tausenden deutschen Erholungsreisenden in Italien sich auch General a. D. von Seeckt vielleicht befindet. Aber der Sinn, der hinter dieser Pariser Falschmeldung liegt, gibt zu denken. Die Angst, die Nervosität, die Triebkraft, die sie werden ließ. Man wird sagen, daß es unnötig wäre, sich über all den Klatsch aufzuregen, der in der Weltpresse des chauvinistischen Auslandes breitgetreten wird. Aber dieser Klatsch wird gelesen, von ganzen Nationen aufgezogen, in Volksstimmungen umgewandelt, schließlich in eine Psychose, die die Welt aus den Julitagen des Jahres 1914 noch in Erinnerung haben dürfte. Drum beachte man dies alles und sei auf der Hut!

Die Zolldebatte im Reichstag. Die Zollvorlage dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

abg. Berlin, 4. Juli.

(Fortsetzung und Schluß.)

Abg. Dr. Gifferting (Soz.):

Was ist das für eine Regierung, die eine neue Zollvorlage mit einer Rede begründen läßt, die in stärkstem Widerspruch steht zu jedem Wort, das Stresemann in Geni und das Curtius in Hamburg gesprochen hat. Diese beiden Reden hätten europäisches Format (Wochen redt), aber die Rede des Ministers Schiele geißelt die ganze Außenpolitik und Wirtschaftspolitik des Reiches. Die Kartoffelpreise haben sich gegenüber der Vorkriegszeit um 180 Prozent gehiebert. Unter dem Schutz der Monarchie blieben doch die Kartoffeln so billig. Wenn jetzt zur Zeit der allerhöchsten Kartoffelpreise und der größten Kartoffelmot die Verdoppelung des Kartoffelpreises verlangt wird, so ist das die höchste Preissteigerung, die sich je eine Regierung erlaubt hat. Die Deutschnationalen verlangen immer die Homogenität der preussischen Regierung mit der Reichsregierung. Sie sollten erst einmal für Homogenität in der Reichsregierung sorgen. Der Judentum ist nur dazu bestimmt, den Profit der Jüdischen Industrie zu steigern. Die Reichsregierung hat sich eine verdiente Blamage dadurch geholt, daß ihr der Reichstag ihre Vorlage vor die Füße warf. — Der Redner betont, die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften würden es den Zentrumsgewerkschaften wenig Dank wissen, wenn sie auf Verlangen der Deutschnationalen dem Agrarierum weitere Konzessionen machen. Die Siedlungspolitik würde außerordentlich erschwert werden, wenn durch Bewilligung der erhöhten Zölle der Preis der landwirtschaftlichen Grundstücke erhöht wird. Die Sozialdemokratie werde die Vorlage ablehnen. Diskussionspläne der Kommunisten würden freilich auch sinnlos sein, denn bei Ablehnung der Verlängerung der Zolltarifnovelle würden die höheren autonomen Zölle wieder in Kraft treten. Wenn die Regierung den Mut aufbringen würde, die Wähler zu fragen, dann würde sie eine vernichtende Antwort bekommen.

Abg. Grotzke (Komm.):

bezeichnet die Rede des Ministers Schiele als ein Gemisch von Unwissenheit in volkswirtschaftlichen Dingen und Verdrängung der Tatsachen. Seine Behauptung, die Zölle würden zur Verbilligung der Preise führen, sei ganz unsinnig und widerspreche auch der Begründung, die Herr Schiele seinen Zollforderungen in Landundverlammungen gibt. Dort bestimme er die Zölle als notwendig, um die Rentabilität der Landwirtschaft zu steigern und ihr höhere Preise zu verschaffen. Die Kommunisten würden die Massen des städtischen und ländlichen Proletariats gegen den geplanten Zollraub ausweit mobil machen.

Abg. Reiser-Berlin (Dem.):

ist scharf Kritik an der Verschleppung der Zollvorlage, deren Ursachen der Gegensatz der handelspolitischen Tendenzen innerhalb der Regierungskoalition sei. Die Gefahren der Hochzollpolitik seien für Deutschland besonders groß. Die Vorlage der Regierung diene weder unseren wirtschaftlichen Bedürfnissen noch unserem internationalen Prestige. Nach Wiederauftritt des Reichstags werde es Aufgabe der demokratischen Partei sein, die Regierung zu drängen, daß ihren Worten in Geni die Taten in Deutschland folgen. Aus dem Minister für Ernährung sei im Laufe der Zeit ein Minister für Vertehrung der Ernährung geworden. Es werde zu prüfen sein, ob man sich ein solches Nestor auf die Dauer leisten könne. Die demokratische Partei habe volles Verstandnis für den Schutz der Produktion, aber nicht ohne gleichzeitig die Bedürfnisse der Verbraucher zu beachten. Dem drohenden Rückgang der Schweinepreise müsse in erster Linie durch Aufhebung der Futtermittelzölle entgegengetreten werden. Die demokratische Fraktion werde aber trotzdem auch der Erhöhung des Schweinepreises zustimmen.

Reichschulgesetz erst im Herbst.

qu. Berlin. Der Gedanke, das Reichschulgesetz nicht durch eine Regierungsvorlage, sondern durch einen Initiativantrag der Koalitionsparteien im Reichstag einbringen zu lassen, ist ebenso rasch wieder verschwunden, wie er aufgetaucht ist. Die erste Lesung wird also erst im November stattfinden und dann muß das Gesetz an den Bildungsausschuss gehen, der voraussichtlich lange Zeit zu seinen Beratungen brauchen wird, sobald in absehbarer Zeit nicht mit einer Erledigung gerechnet werden kann. Auch der Plan einer Septembertagung des Reichstags ist nunmehr von allen Parteien endgültig aufgegeben worden.

China und die Dreimächtekonferenz.

Geni. Der Vertreter Chinas im Völkerbundrat Tschangkung hat gestern Pressevertretern gegenüber folgende Erklärung abgegeben: Es wurde in der Presse des äußersten Orients mehrmals der Meinung Ausdruck verliehen, daß die gegenwärtig in Geni tagende Konferenz zur Beschränkung der Bewaffnungen sich auch mit den China betreffenden Fragen beschäftigen sollte. Ich bin diesbezüglich von der nationalchinesischen chinesischen Regierung beauftragt, zu erklären, daß die Regierung und das Volk der chinesischen Republik sich weigern werden, jeden Gedankengang anzuerkennen, welcher von der gegenwärtigen oder irgend einer anderen Konferenz in bezug auf die chinesischen

angehen ausstimmten. Die Erhöhung der Kartoffelzölle komme nicht den Bauern, sondern dem Großgrundbesitz zugute. Auch für die Erhöhung des Zuckerzollbesatzes keinelei Bedürfnis. Die demokratische Fraktion stelle sich deshalb auf dem Boden der Reichstagsbeschlüsse, die auch die Reichsparteien beachten sollten.

Abg. Urbahn (Linker Komm.) bezeichnet die Vorlage als den Versuch einer brutalen Ausplünderung der Verbraucher. Abg. Grotzke (Soz.) bezeichnet den Redner der Linken jede Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn es den Agrariern wirklich so gut ginge, dann hätten sich längst die Juden der Landwirtschaft bemächtigt.

Abg. Dr. Feder (Komm.) wendet sich gegen die Weltwirtschaftskonferenz. Dort habe das jüdische Finanzkapital die Führung gehabt.

Damit schließt die Aussprache. Die Vorlagen werden dem Handelspolitischen Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Arbeitslosenversicherung.

Arbeitslosenversicherung.

In seinem Ausschussbericht weist Abg. Kahle (Zentrum) die gegen den Sozialpolitischen Ausschuss von der Organisation der Arbeitsnachweise erhobenen Vorwürfe als sachlich unbegründet zurück. Die beteiligten Stellen des Stadttages seien eingehend vom Ausschuss geprüft worden. Der Ausschuss habe den Gedanken von Landesklassen als Versicherungsträger abgelehnt und sich einstimmig für die Errichtung einer Reichsanstalt ausgesprochen. Die Arbeitsnachweise würden mit der Arbeitslosenversicherung in enger Verbindung bleiben. Bei Annahme des Gesetzesentwurfs werde Deutschland über eine Arbeitslosenversicherung verfügen, wie sie kein anderes Land der Welt aufweise.

Ein Vertreter der bayerischen Staatsregierung gibt eine Erklärung ab, die sich gegen eine Reichsanstalt anstelle von Landesklassen wendet. In der Einrichtung einer Reichsanstalt als Versicherungsträger sehe die bayerische Staatsregierung eine neue Vereinfachung der in der Reichsversicherung gewährleisteten Einheitsartlichkeit der Länder. (Gelächter links).

Die Weiterberatung der Vorlage wird auf Dienstag vertagt. Es folgt die Beratung eines Antrags der Regierungsparteien, der für die Pensionäre die gleiche Aufbesserungsregelung will, wie sie für die Beamten beschlossen worden ist.

Abg. Reddermayer (Komm.) verlangt Aufbesserungen auch für die Kriegesbeschädigten. — Ein sozialdemokratischer Antrag fordert gleichfalls prozentuale Zuschläge auf die Renten der Kriegesopfer.

Abg. Voigt (Bour. Volksp.) erklärt sich im Namen der Regierungsparteien gegen die Herabsetzung der Sozialdemokraten und Kommunisten. — Der sozialdemokratische und der kommunistische Antrag werden von Regierungsparteien und Bisch. Vag abgelehnt, der Antrag der Regierungsparteien wird angenommen.

Um 10 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Arbeitslosenversicherung.

Reichstagsklub — Ende dieser Woche?

Berlin. Im Reichstag hofft man für den Fall, daß sich nicht noch besondere Schwierigkeiten ergeben, mit dem vorliegenden Beratungskommission bis Ende dieser Woche fertig zu werden und dann in die Ferien gehen zu können. Es wird mit der Möglichkeit von Vormittags- und Nachmittags-Sitzungen im Plenum gerechnet.

Angelegenheiten getroffen würde, wenn China auf der Konferenz nicht vertreten ist und sich an den Arbeiten derselben nicht beteiligt hat. — Das ist das erste Mal, daß der offizielle Vertreter der Pekinger Regierung im Namen der nationalchinesischen Sonderregierung eine Erklärung abgibt.

Doesch bleibt in Paris.

qu. Berlin. Seit längerer Zeit kursieren in der Öffentlichkeit Gerüchte, der deutsche Botschafter in Paris, von Doesch, der seit längerer Zeit aus Gesundheitsrücksichten auf Urlaub ist, werde überhaupt nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Wir können mit aller Bestimmtheit mitteilen, daß diese Nachrichten völlig frei erfunden sind. Doesch wird sich allerdings noch einmal einer Mandeloperation unterziehen müssen, dann aber nach einem kurzen Erholungsurlaub voraussichtlich bereits am 20. Juli herum wieder nach Paris zurückkehren. Damit fallen auch alle Behauptungen, die mit der Person seines Stellvertreters verknüpft waren, in sich zusammen. Der Botschafter von Doesch wird bekanntlich durch den Botschafter von Reich vertreten, der aber gewissen deutschen Kreisen nicht ganz genehm ist. Aus diesem Grunde wurden Nachrichten in die Presse lanciert, daß man ihm einen Stellvertretenden Botschafter, es wurde Ulrich Haufner, Ministerialdirektor Dr. Koepfe und Graf Oberndorf genannt, überordnen wolle. Da Botschafter von Doesch aber, wie schon gesagt, in absehbarer Zeit wieder selbst die Geschäfte wahrnehmen wird, erledigen sich alle diese Gerüchte von selbst.